

Beschluss der JuMiKo zur Errichtung eines „Großen Familiengerichtes“

74. Konferenz am 12.6.2003

Berichterstattung: Schleswig-Holstein

1. Die Justizministerinnen und -minister halten einen weiteren Ausbau der Zuständigkeiten der Familiengerichte für notwendig, um tatsächlich zusammenhängende Rechtsstreitigkeiten auch zusammenhängend entscheiden zu können. „Große Familiengerichte“ ermöglichen einen zweckmäßigeren Einsatz justizieller Ressourcen, vereinfachen die gerichtlichen Verfahren und verbessern den Rechtsschutz der Beteiligten. Damit werden sie der Prägung familiärer Lebensbereiche und dem auf diesen bezogenen Schutzauftrag des Staates in besonderem Maße gerecht.
2. Es ist deshalb zu prüfen, welche weiteren Streitigkeiten und Aufgaben den Familiengerichten sinnvollerweise zu übertragen sind, insbesondere hinsichtlich der trennungs-, ehescheidungs- oder aufhebungsbedingten vermögensrechtlichen Streitigkeiten von Ehegatten oder Lebenspartnern und hinsichtlich der Aufgaben der Vormundschaftsgerichte, soweit sie Minderjährige betreffen.
3. Die Bundesministerin der Justiz wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die bereits gebildete Expertengruppe zur Reform des familiengerichtlichen Verfahrens diesem Anliegen bei ihren Arbeiten Rechnung trägt.

Bekanntmachung zu § 115 der Zivilprozessordnung (Prozesskostenhilfebekanntmachung 2003 – PKHB 2003)

vom 16.6.2003

Auf Grund des § 115 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 Satz 1 Halbsatz 3 der Zivilprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 310-4, veröffentlichten bereinigten Fassung, der zuletzt durch Artikel 2 Nr. 16 des Gesetzes vom 27.7.2001 (BGBl. I S. 1887) geändert worden ist, wird bekannt gemacht:

Die vom 1.7.2003 bis zum 30.6.2004 maßgebenden Beträge, die nach § 115 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 Satz 1 Halbsatz 1 und 2 der Zivilprozessordnung vom Einkommen der Partei abzusetzen sind, betragen

1. für die Partei 364 EUR,
2. für den Ehegatten oder Lebenspartner 364 EUR,
3. für jede weitere Person, der die Partei auf Grund gesetzlicher Unterhaltspflicht Unterhalt leistet, 256 EUR.

ARD-Ratgeber Recht zur Patientenverfügung

Moderation: Karl-Dieter Möller

Die Medizin und die Pflorgetechnik machen ständig Fortschritte. So ist es heute auch möglich, dass Bewusstlose jahrelang in einem nur vegetativen Zustand überleben. Die dadurch dem Tod abgerungenen Jahre werden aber vielfach im Siechtum verbracht. Fragt man Angehörige, Bekannte, aber auch Ärzte, ob sie in einem derartigen Zustand weiter-

leben wollen, ist die Antwort nahezu immer ein eindeutiges: Nein. Aber selbst wenn dieses eindeutige Nein in einer sog. Patientenverfügung genau umschrieben wurde, hat der BGH mit einer neuen Entscheidung zu Patientenverfügungen für Unsicherheit gesorgt. In welchen Fällen müssen Richter entscheiden, ob die Geräte abgestellt werden?

Patientenverfügung:

Flüssige Nahrung. An diesem Schlauch hängt das Leben von Wilma W. Jede Woche besucht Dieter Deutscher seine Tante im Heim. 100 Jahre ist sie alt. Vor vier Jahren fiel die Tante ins Koma. Seitdem dämmert sie vor sich hin. Für Dieter D. steht fest: Die Tante hätte nie künstlich ernährt werden wollen. Er möchte die Ernährung beenden.

Dieter D.: „Das wäre nie ihr Wille gewesen, so dahinzuvervegetieren. Also, so zu sterben, wünschte sie sich selbst nicht und keinem anderen. Also, das hätte sie nie auf sich zukommen lassen, da hätte sie selbst initiiert wegen einer Hilfe.“ Die Heimleitung lehnt das aber strikt ab. Die Tante wird weiter künstlich ernährt. Denn Wilma W. hat nie aufgeschrieben, ob und wie sie behandelt werden möchte. Jetzt kann man sie nicht mehr fragen.

In diese Situation kann jeder kommen, ob durch Unfall oder Krankheit. Dann muss mühsam erforscht werden, was der Patient in einer solchen Lage gewollt hätte. Angehörige, Freunde, Ärzte und Pflegepersonal können befragt werden. Aber:

Dörte Burwitz, Vormundschaftsrichterin, Amtsgericht Lübeck: „Wenn das alles nicht dahin führt, dass ich eine bestimmte Lösung als seinen Willen feststellen kann, dann im Zweifel für das Leben, dann bleibt er auch am Leben.“

Einfacher ist es, wenn eine sog. Patientenverfügung oder ein Patiententestament vorliegt. Darin kann man festlegen, ob man z.B. an Apparate angeschlossen werden möchte. Die Ärzte sind an solche Verfügungen gebunden. Das gilt allerdings nur, wenn ganz eindeutig und sicher ist, was der Patient wollte.

Aber: Eine Patientenverfügung allein reicht zum Abschalten nicht aus.

Diese Erfahrung machte Jörg S. Sein Vater fiel nach einem Infarkt ins Koma. Seit mehr als 2 Jahren musste er künstlich ernährt werden. Mit einer Patientenverfügung hatte der Vater vorgesorgt. Er wollte nicht künstlich ernährt werden.

Jörg S.: „Weit vor dieser Sache hat mein Vater immer wieder davon gesprochen, er möchte nicht irgendwie von Maschinen abhängig sein oder vor sich hinvegetieren, als wenn er das geahnt hätte. Und diesen Wunsch wollten wir ihm eigentlich erfüllen, nachdem so ein halbes Jahr vergangen war und wir merkten, und auch die Ärzte sagten, da besteht keine Chance, dass sich jemals wieder der Zustand verbessert.“

Doch die Ärzte wollten den Vater nicht einfach so verhungern lassen. Sein Fall kam bis vor den BGH in Karlsruhe. Die höchsten Zivilrichter entschieden: Das Vormundschaftsgericht muss den Behandlungsabbruch genehmigen. Auch wenn eine Patientenverfügung vorliegt. Das gilt, wenn sich Arzt und Betreuer nicht einig sind. Aber:

Dr. Meo-Micaela Hahne, Vorsitzende Richterin Bundesgerichtshof: „Das Vormundschaftsgericht soll nur in solchen Konfliktsituationen entscheiden. Es ist keineswegs daran gedacht gewesen, dass das Vormundschaftsgericht nun an jedem Sterbebett steht und darüber entscheidet, ob und welche Maßnahmen noch für den Patienten getroffen werden müssen.“

Also: keine Bevormundung der Bürger. Die eine Seite: Patienten – wie in unserem Fall – sollen geschützt werden. Das bedeutet: Ein Richter muss die Patientenverfügung